

Motion Fraktion SP/JUSO (Andreas Zysset, SP): Die Stadt Bern schafft zusätzliche Lehrstellen

In den nächsten Jahren wird wiederum eine grosse Anzahl Jugendlicher die Volksschule verlassen oder nach Absolvieren einer Zwischenlösung eine Lehrstelle suchen. Auch mittelfristig ist in städtischen Regionen nicht mit einer raschen Verbesserung des Lehrstellenmarktes zu rechnen, da gerade dort der Rückgang der Schülerzahlen weniger markant ausfallen wird. Ein weiteres Indiz für das zu knappe Angebot an Lehrstellen ist der Umstand, dass aus der Stadt Bern überdurchschnittlich viele Jugendliche ein Berufsvorbereitendes Schuljahr oder eine andere Zwischenlösung besuchen.

Die Stadt Bern gilt als anerkanntermassen guter Ausbilder in der beruflichen Bildung. Ein Schwerpunkt bildet dabei die kaufmännische Grundbildung. Zudem werden aber auch in weiteren Ausbildungsberufen Lehrverträge abgeschlossen. Leider fehlt in der Verwaltungsberichterstattung 2005 eine präzise Statistik welche es erlaubt, die Ausbildungsanstrengungen der einzelnen Direktionen und Verwaltungseinheiten quantitativ zu beurteilen.

Inwieweit die von der Stadt subventionierten Institutionen ausbilden, ist nicht ersichtlich.

Ein Überblick über die Lehrberufe zeigt, dass unter Umständen verschiedenen Orts innerhalb der städtischen Verwaltung oder bei den durch Leistungsvereinbarungen von der Stadt subventionierten Institutionen noch zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden könnten. Eine nähere Untersuchung der Lehrberufe im Hinblick auf die Schaffung neuer zusätzlicher Lehrstellen zeigt, dass sich vorab die nachstehend genannten Berufe eignen, um bei der Stadt Ausbildungsplätze zu schaffen (wobei die Liste keineswegs abgeschlossen ist):

Automechaniker / Automechanikerin
Bauzeichner / Bauzeichnerin
Betriebspraktiker / Betriebspraktikerin
Dentalassistentin / Dentalassistent
Fachfrau / Fachmann Betreuung
Fachangestellte/r Gesundheit
Fachfrau / Fachmann Hauswirtschaft
Informatikerin / Informatiker
Koch / Köchin
Küchenangestellte/r
Lastwagenführerin / Lastwagenführer
Tierpflegerin / Tierpfleger
Anlehrberufe und weitere

Die Schaffung neuer Ausbildungsplätze ist für unsere Jugendlichen von hoher Dringlichkeit. Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert:

1. In der Verwaltungsberichterstattung detailliert und aufgeschlüsselt auf die einzelnen Direktionen die berufliche Grundbildung innerhalb der Stadtverwaltung aufzuzeigen.

2. Beim Abschluss neuer Leistungsvereinbarungen Bestimmungen aufzunehmen, welche die Vereinbarungspartner verpflichten, Lehrstellen anzubieten. Dabei gelten dieselben Kriterien wie sie die Stadt bei der Schaffung von Ausbildungsplätzen anwendet.
3. In einem Bericht aufzeigen, welches zusätzliche Ausbildungspotential die Stadtverwaltung und die von der Stadt mittels Leistungsverträgen subventionierten Institutionen aufweisen. Dabei sind mindestens die oben erwähnten Berufe zu untersuchen.
4. Im Hinblick auf 2006 und 2007 je mindestens 10 neue Lehrstellen zu schaffen und die dafür erforderlichen Mittel bereit zu stellen.

Bern, 18. August 2005

Motion Fraktion SP/JUSO (Andreas Zysset, SP), Sarah Kämpf, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Beat Zobrist, Giovanna Battagliero, Andreas Krummen, Corinne Mathieu, Miriam Schwarz, Gisela Vollmer, Beni Hirt, Raymond Anliker, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Béatrice Stucki, Thomas Göttin, Ruedi Keller, Andreas Flückiger, Margrith Beyeler-Graf, Christof Berger

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt das grundsätzliche Anliegen dieser Motion und hat die Schaffung von 10 zusätzlichen Lehrstellen in die neuen Legislaturrichtlinien aufgenommen und bereits im Frühling 2005 die Direktion für Finanzen, Personal und Informatik beauftragt, ein Lehrstellen-Konzept auszuarbeiten.

Dieses Konzept soll

- realistische Vorgaben für die einzelnen Anspruchsgruppen (Schulschwache, Behinderte, nicht eingebürgerte Jugendliche)
- praktikable Abläufe bei der Vergabe der Lehrstellen und
- gegebenenfalls eine Neuregelung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten bei der Selektion der Lernenden festlegen und
- die notwendigen personellen und sachlichen Ressourcen prüfen.

Im Rahmen dieser Projektarbeit wird zurzeit abgeklärt, wo konkret in der Stadt neue Lehrstellen geschaffen werden können. Das Ergebnis dieser Arbeit sollte bis zum Frühsommer 2006 vorliegen.

Im Rahmen der Beratung des Produktgruppenbudgets 2006 wurde der Nettokredit für das Produkt 640 220 (zentrale Personal- und Führungsentwicklung) des Personalamts zwecks Schaffung zusätzlicher Lehrstellen um Fr. 200 000.00 erhöht.

Zu Punkt 1:

Die Forderung nach einer detaillierten Darstellung der vorhandenen und neu geschaffenen Lehrstellen, gegliedert nach Berufen und Direktionen, soll mit dem nächsten Jahresbericht umgesetzt werden. Der Gemeinderat ist deshalb bereit, diesen Punkt als Postulat entgegen zu nehmen.

Zu Punkt 2:

Mit der Forderung, beim Abschluss neuer Leistungsvereinbarungen Bestimmungen aufzunehmen, welche die Vereinbarungspartner verpflichten, Lehrstellen anzubieten, ist der Gemeinderat grundsätzlich einverstanden und wird die entsprechenden Änderungen im Übertragungsreglement vorbereiten. Er ist deshalb bereit, Punkt 2 als Motion entgegen zu nehmen.

Zu Punkt 3:

Nach dem Abschluss des oben erwähnten Lehrstellen-Konzepts wird der Gemeinderat in der Lage sein, aufzuzeigen, welches zusätzliche Ausbildungspotenzial die Stadtverwaltung aufweist. Die Situation in den subventionierten Betrieben wird mittels einer separaten Umfrage abgeklärt werden müssen. Der Gemeinderat ist deshalb bereit, auch diesen Punkt als Postulat entgegen zu nehmen.

Zu Punkt 4:

Der Gemeinderat ist bereit, die Erweiterung des Lehrstellenangebots um 10 bzw. 20 Stellen zu prüfen. Die laufende Konzeptarbeit wird hierzu die notwendigen Grundlagen (Stellenangebote, finanzielle Konsequenzen) liefern. Er ist deshalb bereit, auch diesen Punkt als Postulat entgegen zu nehmen.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, Punkt 1, 3 und 4 abzulehnen und Punkt 2 erheblich zu erklären.
2. Er beantragt dem Stadtrat, Punkt 1, 3 und 4 als Postulat entgegen zu nehmen.

Bern, 15. Februar 2006

Der Gemeinderat